

Niederschrift
über die Sitzung des Integrationsrates
am 21.05.2025

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Robert Alich
Herr John Simon Chowdry
Herr Vincenzo Copertino
Frau Dilek Dogan-Alagöz
Frau Hanane El Alaoui
Herr Okasha Hussein Mohamed Hassan
Herr Cihad Kefeli
Herr Klaus Rees
Herr Jan Maik Schlifter
Frau Brigitte Stelze
Frau Miriam Welz
Herr Cemil Yildirim
Herr Jürgen Zilke

Nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Jan Banze
Herr Cim Kartal
Frau Tanja Orlowski

Referent*innen

Gabriel Gerber	Büro für Sozialplanung, Streetwork	TOP 7
Emil Pfafferott	Büro für Sozialplanung, Streetwork	TOP 7
Malick Koutou	Afrika Wakati e.V.	TOP 7
Aliou Biaye, Mohamad Kardan, Kennedy Mambilla, Jessica N'Guessan		TOP 7
Linda Schumacher	Bürgeramt, Wahlteam	TOP 9
Pauline Junker	KI, KIM	TOP 10
Wilhelm Berghan	KI, KIM	TOP 10

Verwaltung:

Kapriel Meser	KI, Leitung
Tülay Zengingül	KI, Abteilungsleitung Integration als Querschnittsaufgabe
Angela Terbrack	KI, Geschäftsstelle für den Integrationsrat Schriftführung

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Adilović begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung des Gremiums fest.

Es wird beantragt den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen und nach TOP 7 zu behandeln. Die Vorsitzende bittet um Abstimmung darüber und stellt fest, dass die Mitglieder des Integrationsrates mit der geänderten Reihenfolge der Tagesordnung einverstanden sind.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift über die 40. Sitzung des Integrationsrates am 26.03.2025

Die Genehmigung der Niederschrift über die 40. Sitzung des Integrationsrates wird verschoben, da die Niederschrift nicht vorliegt.

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Start des Peer-to-Peer-Projektes mit Afrika Wakati e. V.

Die Vorsitzende Frau Adilovic verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

– Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. –

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Vorstellung Tülay Zengingül, Abteilungsleiterin Integration als Querschnittsaufgabe

Tülay Zengingül stellt sich als neue Leiterin der Abteilung „Integration als Querschnittsaufgabe“ vor.

– Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Information Klausurtagung

Die Klausurtagung findet im Anschluss an die nächste Sitzung am 25. Juni 2025 statt, voraussichtlich in den Räumlichkeiten des bosnischen Vereins. Weitere Informationen durch die Vorsitzende folgen.

– Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Neue Kurzfilme rund um das Thema Alter und Pflege, insbesondere für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Die Vorsitzende Frau Adilovic verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

– Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. –

(Hinweis: Die Mitteilung steht im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme zur Verfügung.)

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Einbürgerungsfeier am 22.05.2025

Zur Einbürgerungsfeier der Stadt Bielefeld am 22. Mai 2025, um 17 Uhr im Historischen Saal der VHS (Ravensberger Park 1) sind alle herzlich eingeladen.

– Der Integrationsrat nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen

Aus den Ausschüssen wird nicht berichtet.

-.-.-

Zu Punkt 7

Peer-to-Peer-Projekt von Streetwork Bielefeld und Afrika Wakati e.V.

Berichterstattung: Gabriel Gerber, Emil Pfafferott, Malick Koutou, Aliou Biaye, Mohamad Kardan, Kennedy Mambilla, Jessica N'Guessan

Zunächst stellen sich die Referent*innen vor, dann berichten sie von den ersten gemeinsamen Erfahrungen und Erfolgen, abschließend beantworten sie die Fragen des Gremiums.

Im Peer-to-Peer-Projekt würden Mitglieder von Afrika Wakati e.V. mit städtischen Streetworker*innen als Tandem zusammen arbeiten. Während die Peer-Berater*innen primär den Zugang zur Zielgruppe herstellen, seien die städtischen Streetworker*innen für die fachliche Beratung zuständig. Gleichwohl seien auch bei den Peer-Berater*innen relevante fachliche Kompetenzen vorhanden. Die Einsatzorte seien der Kesselbrink, das Bahnhofsumfeld und auch weitere Orte. Bereits zum Projektstart habe sich gezeigt, dass der Zugang der Streetworker*innen zu den Zielgruppen mit Hilfe der Peer-Berater*innen leichter gelänge. Insbesondere über die gemeinsame Sprache und Kultur könnten sie schneller Vertrauen aufbauen, sodass Beratungsgespräche, die niederschwellig angelegt seien, besser gelängen. Problematisch sei, dass einige der aufgesuchten Personen ihren Wohnsitz nicht in Bielefeld hätten, sondern aus dem Umland kämen. Dies erschwere es, passende Lösungen zu finden. Bereits während einer viermonatigen Testphase habe man 4 Personen erfolgreich vermitteln können.

Der Peer-to-Peer-Ansatz werde gut angenommen. Aus einem anfänglichen Small-Talk werde schnell ein tiefergehendes Gespräch, in welchem Probleme offen angesprochen würden.

Mit Polizei und Ordnungsamt stünde man in Kontakt.

Die Rolle der Peer-Berater*innen ließe sich mit „Brückenbauer“ beschreiben oder auch mit der Rolle eines „großen Bruders“ vergleichen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Vergabe kommunaler Mittel an Migrant*innenorganisationen im Jahr 2025

Berichterstattung: Kapriel Meser, Tülay Zengingül

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9765/2020-2025

TOP 8 wird zeitlich nach TOP 9 behandelt (s. o.).

Die Verwaltung erläutert die Vorlage kurz und stellt sie dem Gremium zur

Entscheidung vor.

Es werden Rückfragen dazu gestellt, wie damit umgegangen werde, dass einige Veranstaltungen in der Vergangenheit liegen und wie viele Projektanträge insgesamt eingegangen seien.

Die Verwaltung antwortet, dass die Vereine den städtischen Zuschuss bekommen werden, auch wenn die Durchführung schon erfolgt sei.

Insgesamt seien 38 Projektanträge eingegangen.

Projekte mit starkem Fokus auf Kinder- und Jugendarbeit sollen nach Beschlussfassung an den Bielefelder Jugendring verwiesen werden, die eben dazu einen Fördertopf aus Mitteln des Integrationsbudgets bekommen haben.

Aus Gründen der Befangenheit nimmt Herr Kefeli nicht an der Beschlussfassung teil.

Der Integrationsrat beschließt zur Förderung von Migrant*innenorganisationen in 2025 wie folgt:

Aus den Verfügungsmitteln des Integrationsrates in Höhe von 40.528 Euro werden 20.000 Euro zur Förderung von Migrant*innenorganisationen (MO) auf Basis der städtischen Förderrichtlinien in der jeweils gültigen Fassung entsprechend der Anlage 1 dieser Vorlage eingesetzt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

1. Änderungssatzung zur Wahlordnung zur Wahl der direkt in den Integrationsrat zu wählenden Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Bielefeld

Berichterstattung: Linda Schumacher (Wahlteam)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10075/2020-2025

TOP 9 wird zeitlich nach TOP 7 behandelt (s. o.).

Frau Schumacher erläutert die Beschlussvorlage und die aktuelle Rechtslage. Aufgrund eines Urteils des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofes (Urt. v. 20.05.2025, Az. VerfGH 114/24) dürfe das neue Berechnungsverfahren nicht angewandt werden, um kleinere Parteien nicht zu benachteiligen. Daher empfehle sie dem Gremium, den 3. Punkt des Artikel I der Änderungssatzung nicht zu beschließen.

Die Vorsitzende bittet um Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag und stellt folgendes Ergebnis fest:

Der Integrationsrat stimmt der Änderung des Beschlussvorschlags ein-

stimmig zu.

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat, die 1. Änderungssatzung zur Wahlordnung zur Wahl der direkt in den Integrationsrat zu wählenden Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Bielefeld gem. Anlage 1 ohne Artikel I, 3. zu beschließen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Kommunales Konfliktmanagement - Konflikten begegnen - Zusammenhalt und Teilhabe in Bielefeld stärken **Berichterstattung: Pauline Junker, Wilhelm Berghan (KIM)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 10037/2020-2025

Frau Junker und Herr Berghan stellen das Projekt vor und erläutern dessen Aufgaben und Grenzen, das zugehörige Netzwerk an Akteur*innen sowie die Prozessschritte innerhalb des Kommunalen Konfliktmanagement.

In der anschließenden Diskussion hebt Frau Adilovic hervor, dass es ein wichtiger Schritt sei, Konflikt systematisch zu bearbeiten.

Herr Rees schließt sich an und betont, seine Zufriedenheit damit, dass Bielefeld hier einen Modellcharakter hat. Er sehe zukünftig steigende Spaltungstendenzen in der Gesellschaft. Er fragt, ob es generell möglich sei, dass Politik das Konfliktmanagement direkt um Einschätzung bittet.

Die Verwaltung antwortet: Grundsätzlich seien im Kommunalen Konfliktmanagement keine Stellungnahmen zu Konflikten bzw. zu konfliktträchtigen Themen auf Anfrage vorgesehen.

Herr Meser erinnert daran, dass ohnehin bei Bedarf jederzeit das Kommunale Integrationszentrum (KI) für Beratung und Stellungnahmen zu Integrationsthemen angesprochen werden könne.

In der weiteren Diskussion wird darauf hingewiesen, dass Akteur*innen in Einzelfällen selbst Teil von Konflikten sein können. Aus Erfahrungen in NRW wurde die Erkenntnis gewonnen, dass ein systematisches Konfliktmanagement erforderlich ist, um auch Entscheidungsträgerinnen unterstützend zur Seite zu stehen.

Zwar können sich auch Einzelpersonen an das Konfliktmanagement wenden, sofern es einen Bezug zum gesellschaftlichen Zusammenleben gibt. Ein allgemeines Beschwerdemanagement ist jedoch nicht vorgesehen; das Projekt sei aber dennoch gut vernetzt (z. B. intern mit der eigenen mit der Antidiskriminierungsstelle im KI) und kann entsprechend an relevante Stellen weiterverweisen. Die bisherige Arbeit wird regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst.

Auf Nachfrage zur Fokussierung auf bestimmte Bereiche, wie Bildungsinstitutionen, wird ausgeführt, dass das Kommunale Konfliktmanagement auch im Kinder- und Jugendrat vorgestellt werde, zudem sind das

Streetwork und die Schulsozialarbeit eingebunden. Besuche in Schul-
klassen sind derzeit aufgrund begrenzter Ressourcen nicht geplant. Das
Netzwerk um die Mobile Beratung sowie die Antidiskriminierungsberatung
waren am Prozess beteiligt, übernehmen jedoch andere Rollen, sodass
es hier eher zu Verweisungen als zu einer direkten Kooperation kommt.

(Hinweis: Die Präsentation wird im Ratsinformationssystem zur Verfü-
gung gestellt und zusätzlich zusammen mit der Niederschrift der Sitzung
verschickt.)

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat in seiner Sitzung am
13.05.2025 für die Beschlussvorlage „Weiterentwicklung Hilfen für Men-
schen auf der Straße und Menschen mit Suchterkrankungen“ (Drucks.-
Nr. 9442/2020-2025) die 2. Lesung beantragt.

-.-.-

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:25 Uhr.

gez.
Murisa Adilović (Vorsitzende)

gez.
Angela Terbrack (Schriftführung)